

## **SPD-Stadtratsfraktion Eisenach**

Marienstraße 57, 99817 Eisenach

Michael Klostermann, Fraktionsvorsitzender

michael-klostermann@web.de, Tel: 0173/1874171



Eisenach, den 19. August 2019

### **Antrag Wahlwerbesatzung**

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Der Stadtrat nimmt den beigegeführten Entwurf einer Wahlwerbesatzung für die Stadt Eisenach zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss.**
- 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Entwurf der Wahlwerbesatzung durch die Kommunalaufsicht prüfen zu lassen und das Prüfergebnis vor der endgültigen Beschlussfassung dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.**

#### Begründung:

Die vergangene Kommunalwahl hat gezeigt, dass es zu erheblichen Beeinträchtigungen infolge massiver (und teilweise unzulässiger) Plakatierungen in der Kernstadt und verschiedenen Ortsteilen gekommen ist. Dies hat zu Unverständnis und Unmut in der Eisenacher Bevölkerung gesorgt. Insoweit scheint es angezeigt, einen verbindlichen rechtlichen Rahmen für die zukünftige Wahlwerbung (insbesondere Plakatierung) in Form einer Wahlwerbesatzung der Stadt Eisenach zu schaffen, die klar Vorgaben macht und den Umfang der Plakatierung einschränkt. Die Einschränkung hat verhältnismäßig zu erfolgen, so dass grundsätzlich nicht das Recht der Parteien und Wählergruppierungen zur politischen Willensbildung sowie der Wählerinnen und Wähler auf Information in Frage gestellt wird. Die Stadtverwaltung ist mit der Wahlwerbesatzung zukünftig in der Pflicht, diese Wahlwerbesatzung auch durchzusetzen und ggf. widerrechtlich angebrachte Plakate kostenpflichtig zu entfernen und Bußgelder aufgrund von Ordnungswidrigkeiten zu verhängen. Dies gilt insbesondere, wenn durch die Plakatierung die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird.

Darüber hinaus sollte die Plakatierung mit nachhaltigen, das heißt wiederverwertbarem bzw. ökologisch abbaubarem Material erfolgen.

Für die Fraktion

*Michael Klostermann*

Fraktionsvorsitzender

# **Entwurf einer Satzung der Stadt Eisenach über die Werbung für politische Zwecke auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen während der Wahlkampfzeit (Wahlwerbesatzung)**

## **§1 Geltungsbereich**

- (1) Diese Wahlwerbesatzung gilt innerhalb der geschlossenen Ortslage auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Kernstadt und den Ortsteilen der Stadt Eisenach für die Werbung für politische Zwecke auf Werbeträgern (Wahlwerbung) während der Wahlkampfzeit vor Wahlen und Abstimmungen (Volks- und Bürgerentscheide).
- (2) Diese Satzung gilt auch für das Abhalten von Informationsständen (Wahlkampfstände) während der Wahlkampfzeit vor Wahlen und Abstimmungen.
- (3) Die Wahlwerbung während der Wahlkampfzeit vor Wahlen und Abstimmungen stellt eine Sondernutzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen dar.

## **§ 2 Begriffsbestimmungen**

### **1. Wahlkampfzeit**

Plakate und ähnliche Ankündigungsmittel sind nur innerhalb der Wahlkampfzeit zulässig. Mit Plakaten dürfen nur diejenigen Parteien, Organisationen, Wählervereinigungen und Einzelbewerber werben, die für die jeweilige Wahl auch tatsächlich Wahlvorschläge eingereicht haben. Die Wahlkampfzeit beginnt frühestens zwei Monate vor dem Wahltag und endet mit diesem. Die Anbringung von Wahlwerbung wird ab zwei Monaten vor dem Wahltermin zugelassen.

### **2. Berechtigte**

Berechtigte Sondernutzer im Sinne dieser Satzung sind politische Parteien, politische Organisationen und Wählervereinigungen, die im Stadtrat der Stadt Eisenach, im Thüringer Landtag, im Deutschen Bundestag oder Europäischen Parlament vertreten sind. Berechtigte sind auch Träger von Wahlvorschlägen für die jeweils anstehenden Wahlen, zugelassene Einzelbewerber sowie Initiatoren von Volks- und Bürgerentscheiden. Berechtigte sind auch Personen, die im Auftrag der vorgenannten Parteien, politischen Organisationen und Wählervereinigungen sowie von Trägern von Wahlvorschlägen politische Informationsstände anlässlich von Kommunalwahlen und Wahlen zum Thüringer Landtag, zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen Parlament aufstellen.

### **3. Werbeträger**

Werbeträger sind Stell-, Hänge- und Großflächenplakate. Sie sollen aus witterungsbeständigem und wiederverwertbarem Material bestehen. Hängeplakate dürfen die Größe DIN-A1 nicht überschreiten. Die Werbung mit Großflächenplakaten ist nur in der Wahlkampfzeit mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis gestattet.

### **4. Wahlkampfstände**

Wahlkampfstände im Sinne dieser Verfahrensregelung sind mobile Stände mit einer Größe von maximal 3 m<sup>2</sup>, die Berechtigte zum Zwecke der Information über Wahlziele und Kandidaten sowie über Ziele von Volks- und Bürgerentscheiden aufstellen.

### **§3 Anforderungen an die Wahlwerbung**

- (1) Durch die Art der Aufstellung oder Anbringung der Plakate bzw. Werbeträger dürfen die Sicherheit des Verkehrs sowie der Verkehrsfluss nicht behindert oder gefährdet werden. Die Anbringung an Masten und Straßenlaternen muss mindestens mit einer Bodenfreiheit von 2,50 m (Unterkante) erfolgen.
- (2) An einem Mast oder einer Straßenlaterne dürfen nicht mehr als vier Plakate angebracht werden.
- (3) Plakate dürfen nicht an Bäumen, an technischen Bauwerken (Verteilerschränke, Hydranten, Trafostationen) und Wartehäuschen angebracht werden.
- (4) Werbung in Verbindung mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen ist unzulässig. Plakate, die Zeichen oder Verkehrseinrichtungen gleichen, mit ihnen verwechselt werden oder deren Wirkung beeinträchtigen können, dürfen dort nicht angebracht oder sonst verwendet werden, wo sie sich auf den Verkehr auswirken können. Das Anbringen von Plakaten in Kreuzungsbereichen (Mindestabstand 20 m) ist unzulässig.
- (5) Plakate und Wahlkampfstände dürfen das Passieren des Gehweges nicht behindern. Dies gilt auch für aufgestellte Werbeelemente im Fußgängerbereich.
- (6) Die maximale Anzahl von Plakaten (A1) pro Berechtigter wird für das gesamte Stadtgebiet inkl. aller Ortsteile auf 100 Plakatpaare (verbundene Einzelplakate) begrenzt.
- (7) Am Wahltag dürfen Werbeträger nicht angebracht werden in und an Gebäuden, in denen sich Wahlräume befinden sowie unmittelbar vor dem Zugang zu diesen Gebäuden (Mindestabstand 50 m). Bereits angebrachte Werbeträger sind zu entfernen.
- (8) Werbeträger sind bis spätestens 14 Tage nach Ablauf der Wahlkampfzeit bzw. des Volks- oder Bürgerentscheids ordnungsgemäß und vollständig inkl. der Befestigungselemente zu entfernen.

### **§4 Genehmigungspflicht**

Die Errichtung bzw. das Aufstellen von Großflächenplakaten sowie das Abhalten von Wahlkampfständen im Geltungsbereich dieser Satzung bedürfen der schriftlichen Erlaubnis durch die Stadtverwaltung Eisenach. Die Anträge sind rechtzeitig, spätestens 14 Tage vorab bei der Stadtverwaltung Eisenach einzureichen. Die Erlaubnis kann befristet oder widerruflich erteilt und mit Auflagen versehen werden.

### **§5 Beseitigung von Werbeträgern**

Ohne Erlaubnis aufgestellte Werbeträger oder nicht ordnungsgemäß angebrachte sowie nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entfernte Werbeträger sind im Wege der Ersatzvornahme oder bei Gefahr im Verzug im Wege der unmittelbaren Ausführung durch die Stadtverwaltung Eisenach zu beseitigen und in amtlichen Gewahrsam zu nehmen. Die Kosten der Ersatzvornahme oder der unmittelbaren Ausführung von unerlaubt angebrachten Werbeträgern werden mittels Kostenbescheid erhoben. Pro entferntem Plakatpaar (A1) werden 50,00 Euro und pro entferntem Großflächenplakat 500,00 Euro in Rechnung gestellt.

### **§6 Gebühren und Kosten**

Sondernutzungen nach dieser Satzung sind verwaltungskostenfrei.

## **§7 Sorgfaltspflichten**

Die Erlaubnisnehmerin ist verpflichtet, die mit der Sondernutzung verbundenen Anlagen nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst zu errichten und zu erhalten. Er hat sein Verhalten und die Werbeträger so einzurichten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird. Er muss die von ihm erstellten Werbeträger sowie die ihm überlassenen Flächen in ordnungsgemäßem und sauberem Zustand erhalten.

## **§8 Schadenshaftung**

- (1) Mit der Einräumung einer Sondernutzung übernimmt die Stadt Eisenach keinerlei Haftung, insbesondere auch nicht für die Sicherheit der von den Erlaubnisnehmern eingebrachten Sachen.
- (2) Die Erlaubnisnehmerin haftet gegenüber der Stadt Eisenach für alle von ihr bzw. durch von ihr mit der Verrichtung beauftragten Personen verursachten Schäden durch unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig angemeldete Arbeiten. Sie tritt in Haftung gegenüber der Stadt Eisenach für alle Schäden, die sich aus der Vernachlässigung ihrer Pflichten zur Beaufsichtigung der von ihr beauftragten Personen ergeben. Sie hat die Stadt Eisenach von allen Ansprüchen freizustellen, die von dritter Seite aus der Art der Benutzung gegen die Stadt Eisenach erhoben werden.
- (3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

## **§9 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  1. entgegen §3 die Anforderungen an die Wahlwerbung nicht einhält,
  2. die Sorgfaltspflichten im Sinne des §7 nicht nachkommt, insbesondere die Anlagen nicht nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst errichtet oder erhält.
- (2) Gemäß §50 ThürStrG sowie §19 Abs. 2 ThürKO in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils aktuellen Fassung kann jeder Fall der Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

## **§10 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.